

lehrer nrw

unter dem Dach des  und des  **dbb**
beamt**en**bund
und **tarifunion**

Tarifverhandlungen 2023 für Angestellte

10,5 % für Mehrwert in den Schulen!

dbb und tarifunion gehen in schwierige Tarifverhandlungen mit hoher Brisanz! Diese sind aber auch deshalb bedeutsam, da das Ergebnis in der Regel die Grundlage für eine Übertragung auf die beamteten Lehrkräfte bildet.

Der Deutsche Beamtenbund (dbb und tarifunion), der Dachverband von *lehrer nrw*, geht mit diesen Forderungen in die diesjährigen Tarifverhandlungen mit den Arbeitgebern, der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL). Eine Forderung in Zeiten, die den Beschäftigten hohe finanzielle und auch psycho-soziale Belastungen aufgebürdet haben.

Daher ist es nur allzu verständlich, dass die Verbände und Gewerkschaften nicht nur das Einkommen in den Blick nehmen, sondern ebenfalls die konkreten Arbeitsbedingungen, die ganz wesentlich mit darüber entscheiden, ob der öffentliche Dienst im Vergleich zu anderen Branchen konkurrenzfähig ist bzw. bleibt.

Corona, Krieg und Inflation

Mit welcher multikausalen Krisen die Staaten der Welt in den letzten Jahren konfrontiert wurden und aktuell noch sind, lässt sich an diesen Stichworten leicht erkennen. Doch die sich daraus ergebenden Folgen trafen die Menschen, je nach Beschäftigungsart, in unterschiedlicher Härte. Die Tätigkeit der Lehrkräfte in den Schulen stellte dabei eine besonders schwere, weil die eigene Gesundheit massiv gefährdende Belastungssituation dar.

Gleichzeitig mussten alle Bürger eine erhebliche Verteuerung des täglichen Lebens bewältigen, ohne abschätzen zu können, wie sich die politische und wirtschaftliche Lage weiter entwickeln würde. Die Folgen waren reale Einkommensverluste, Konsumflaute, Investitionszurückhaltung, Zukunftsängste. Folgen, die insbesondere untere Einkommensgruppen deutlich stärker trafen, da ihr Haushaltsbudget zum großen Teil für die tägliche Grundversorgung verwendet wird.

Krisen begegnen

Der deutsche Staat hat, wenn auch mitunter verspätet, auf diese Krisensituationen reagiert und jeweils nach Lösungen für eine Abmilderung der eingetretenen Härten gesucht. Die Corona-Prämie, der Heizkostenzuschuss und zuletzt die Inflationsausgleichsprämie sind die Überschriften, unter denen diese Hilfeleistungen gesetzlich verankert wurden. Doch all diese Maßnahmen dienten keineswegs dazu, einen vollständigen Ausgleich für die Verteuerungen zu schaffen, sondern lediglich dazu, die extremen Belastungsspitzen abzufedern.

Die Inflation betraf jedoch alle, so dass gesamtgesellschaftlich ganz überwiegend ein realer Einkommens- und damit auch Wohlstandsverlust eingetreten ist. Diesen zum großen Teil zu kompensieren, ist für den öffentlichen Dienst das Gebot der Stunde. Die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen im Frühjahr dieses Jahres haben gezeigt, wie groß die Sorge der Arbeitnehmer vor sozialem Abstieg ist, aber auch, wie heftig der Unmut über mangelnde Wertschätzung bei den Bediensteten zum Ausdruck kam.

Nachdrückliche Tarifpolitik bei Bund und Kommunen

Die Tarifaueinandersetzung war schwierig wie lange nicht mehr. Die Verhandlungen wurden letztendlich als gescheitert erklärt. Eine Schlichtung musste her und das Ergebnis bringen. Schließlich willigten die Arbeitgeber in den von der Schlichtungskommission vorgeschlagenen Kompromiss ein.

Ein Kompromiss, der sich für alle Beschäftigten sehen lassen kann. Denn er brachte ein Tarifergebnis, das den Herausforderungen dieser Zeit gerecht wurde. Ein überdurchschnittlicher Einkommenszuwachs für alle Beschäftigten, der die Konkurrenzfähigkeit im Vergleich zu anderen Branchen erhöht. Der damit allerdings auch einen deutlichen Nachholbedarf für die Landesbeschäftigten erzeugt hat.

Entgelte anpassen

Insofern ist es aus tarifpolitischer Sicht höchst nachvollziehbar, dass die Beschäftigten bei den Ländern nun vergleichbare Entgelterhöhungen für ihren Bereich einfordern. Ansonsten entstünden schon allein im öffentlichen Dienst neue Konkurrenzsituationen, die zu Abwerbungen und Versetzungen innerhalb der verschiedenen Gebietskörperschaften führen könnten. Was im Sinne einer von der breiten Öffentlichkeit erwünschten Verlässlichkeit des öffentlichen Dienstes möglichst zu vermeiden wäre.

Arbeitsplatz gestalten

Gleichzeitig steht für die Beschäftigten an den Schulen aber auch eine bessere Ausgestaltung ihres Arbeitsplatzes im Vordergrund. Die Themen, die dabei immer wieder zur Sprache kommen, sind u.a. die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zeitgemäße Ausstattung des Arbeitsplatzes sowie eine Reduzierung der psycho-physischen Belastung, z.B. durch kleinere Klassen und eine Reduzierung des Unterrichtsdeputats, vor allem aber durch eine verbesserte Gesundheitsprävention, die Lehrkräfte vor jeglicher Gewalt am Arbeitsplatz schützt, von der einfachen Beleidigung bis hin zur massiven körperlichen Bedrohung.

Eine bisweilen abwiegelnde oder gar verharmlosende Haltung der Arbeitgeber entspricht bei weitem nicht mehr der Gefährdungslage der Beschäftigten. Nicht nur von Gesetzes wegen, sondern schon allein aus Fürsorgegründen ist es höchste Zeit, dass sich die Arbeitgeber auf diesem Gebiet umfassender und professioneller aufstellen.

Verantwortliche Tarifpolitik

Wer bei dem allgemeinen Fachkräftemangel in der Zukunft noch genügend qualifiziertes Personal für den Bildungssektor gewinnen will, der muss jungen Menschen einen attraktiven Arbeitsplatz bieten. Ansonsten verliert er die jungen Menschen an andere Branchen, die interessanter und häufig auch lukrativer daherkommen. Was dazu führt, dass der Lehrermangel mit dem damit verbundenen Unterrichtsausfall weiter zunimmt.

Dies kann aber nicht im Interesse unseres Landes, nicht im Interesse der nachwachsenden Generation sein. Denn wer die Jugend und ihre Bildung verliert, riskiert nicht nur die Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft, sondern gefährdet am Ende auch Wohlstand und Demokratie. Deshalb:

**Schule ist mehr wert,
Bildung ist Mehrwert!**



Ulrich Gräler,
stellv. Vors. *lehrer nrw*, Tarifbeauftragter des VdR,
Mitglied der Bundestarifkommission des dbb und tarifunion

“Fahrplan“ der Einkommensrunde:

Die Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) sind terminiert für (Berlin/Potsdam):

1. Runde: 26. Oktober 2023
2. Runde: 2./3. November 2023
3. Runde: 7./9. Dezember 2023



Hinweis:

Bitte beachten Sie die aktuellen Informationen zu den Tarifverhandlungen auf unserer Homepage (www.lehrernrw.de) und unterstützen Sie *lehrer nrw* bei eventuellen Arbeitskampfmaßnahmen!